



Stadt Halle (Saale)

29.05.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

**zu 9.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses
zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017
Vorlage: VIII/2025/02052**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Freiraumkonzept (VII/2019/00017) auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die in diesem Zusammenhang geschaffenen Strukturen und Maßnahmen so schnell wie möglich zu beenden bzw. rückabzuwickeln.
3. Ab dem Haushaltsplan 2028 sieht die Verwaltung den Haushaltsposten 1.28102.11 „Freiraumagentur“ (55.000€ jährlich) nicht mehr in ihrem Entwurf zum Haushaltsplan vor.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

**zu 9.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Erstellung und Ausreichung einer Handreichung mit inkludiertem Prüfschema zur Feststellung einer Hinderung an der Beratung und Entscheidung (Mitwirkungsverbot) gemäß § 33 KVG LSA
Vorlage: VIII/2026/02560**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

12 Ja / 37 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung prüft oder lässt die in der Anlage 1 befindliche Handreichung für die Fraktionsgeschäftsstellen des Magdeburger Stadtrates auf Eignung zur Feststellung der Hinderung an der Beratung und Entscheidung von Angelegenheiten unter dem Gesichtspunkt der Eignung als Handreichung für die Stadträte in der Stadt Halle (Saale) prüfen. Sollten Änderung und/oder Ergänzungen notwendig sein werden diese durch die Verwaltung veranlasst.
2. Auf dieser Grundlage wird eine Handreichung erstellt, die Ehrenamtler in die Lage versetzt, eine Prüfung vorzunehmen, ob die Annahme gerechtfertigt ist, selbst nach den Vorschriften des § 33 Abs. 1 und 2 KVG LSA an der Beratung und Entscheidung in einer Angelegenheit gehindert (Mitwirkungsverbot) zu sein.
3. In dieser Handreichung wird gezielt darauf hingewiesen, dass Ehrenamtler gemäß § 33 Abs. 4 KVG LSA verpflichtet unaufgefordert eine mögliches Mitwirkungsverbot bei der zuständigen Stelle anzuzeigen und den Beratungsraum zu verlassen.
4. Die Handreichung wird nach ihrer Fertigstellung umgehend den gewählten Stadträten der VIII. Wahlperiode und eventuellen Nachrückern in geeigneter Form gereicht.
5. In zukünftigen konstituierenden Sitzungen zum Beginn neuer Wahlperioden des Stadtrates werden diese Handreichungen in geeigneter Form den Mandatsträgern zugänglich gemacht bzw. gereicht.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

**zu 9.3 Prüfauftrag des Stadtrates Henry Körner (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) für Maßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit und Sicherheit auf Grünflächen und an Uferbereichen
Vorlage: VIII/2026/02578**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

22 Ja / 27 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. ob für besonders stark frequentierte Bereiche, insbesondere Ziegelwiese und Riveufer, zeitlich oder räumlich begrenzte Glasverbotszonen rechtlich möglich und sinnvoll sind,
2. ob zusätzliche Müllbehälter sowie Sammelstellen für Flaschen eingerichtet werden können,
3. ob Reinigungsintervalle in den betroffenen Bereichen erhöht werden können, insbesondere in den Sommermonaten sowie nach Wochenenden und bekannten Stoßzeiten,
4. ob verstärkte Kontrollen durch den Stadtordnungsdienst, insbesondere an Wochenenden, in den Abendstunden und bei gutem Wetter, umgesetzt werden können,
5. inwieweit bestehende Instrumente, insbesondere Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II, stärker genutzt werden können, um die Sauberkeit und Pflege öffentlicher Flächen zu verbessern,
6. ob gemeinsam mit dem Jobcenter Halle Programme ausgeweitet oder neu aufgelegt werden können, um zusätzliche Unterstützung bei der Pflege und Reinigung stark frequentierter öffentlicher Bereiche zu leisten,
7. dem Stadtrat ein abgestimmtes Maßnahmenpaket mit Zeitplan, Zuständigkeiten und Prioritäten für besonders belastete Bereiche vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

29.05.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

**zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union (KITU)
Vorlage: VIII/2026/02265**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob eine Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union eG (KITU) sinnvoll und wirtschaftlich ist.
2. darzustellen, welche IT-Fachverfahren und Leistungen perspektivisch über die KITU übernommen bzw. ausgelagert werden könnten und welche Entlastung dies für die städtische IT-Struktur bedeuten würde.
3. zu prüfen, inwiefern eine KITU-Mitgliedschaft zur strategischen Weiterentwicklung der städtischen IT – insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, Smart City und IT-Sicherheit – beitragen kann.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

29.05.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

zu 9.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachpflanzung von Alleebäumen in der Straße Am Kirchtor**
Vorlage: VIII/2025/01310

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aktuelle und zeitnah leere Baumscheiben in der geschützten Baumallee in der Straße Am Kirchtor in der nächsten Pflanzperiode mit geeigneten Straßenbäumen nachzupflanzen. Ausgenommen hiervon sind die Baumstandorte Nr. 34 und 40 auf der östlichen Straßenseite im Bereich der großkronigen Kastanien-Straßenbäume und Nr. 69 **und Nr. 53** auf der westlichen Straßenseite zur Gewährleistung einer ungehinderten Zufahrt zur Justizvollzugsanstalt mit größeren Fahrzeugen **bzw. wegen einer bestehenden Grundstückseinfahrt.**

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

29.05.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

zu 9.6 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur beschleunigten Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie Vorlage: VIII/2026/02435

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

29 Ja / 23 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. im Rahmen des laufenden Beleuchtungsvertrags alle rechtlich und technisch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine prioritäre und beschleunigte Umrüstung der bestehenden Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Technologie zu erreichen,
2. bereits im Vorfeld der anstehenden Neuausschreibung des Beleuchtungsvertrags die beschleunigte Umrüstung auf LED-Technologie sowie intelligente Steuerungs- und Dimmsysteme im Zuge der Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen zu berücksichtigen sowie
3. dem Stadtrat im dritten Quartal 2026 eine Übersicht über die zu erwartenden Investitionskosten, Einsparpotenziale (Energie- und Wartungskosten), existierende Förderprogramme sowie einen verbindlichen Zeitplan zur weitestgehend flächendeckenden Umrüstung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

29.05.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2026:

zu 9.7 **Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER und der CDU-Stadtratsfraktion: Platzfrieden am August-Bebel-Platz und am Landesmuseum**
Vorlage: VIII/2026/02434

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

15 Ja / 24 Nein / 12 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur messbaren Verbesserung des Sicherheitsempfindens und der Aufenthaltsqualität an den Hotspots August-Bebel-Platz, Rosa-Luxemburg-Platz sowie am Vorplatz des Landesmuseum für Vorgeschichte ein kommunales Maßnahmenpaket im eigenen Wirkungskreis (insbesondere Sauberkeit und Ordnung) zu bündeln und umzusetzen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der verwaltungsseitigen Stellungnahme zu VII/2023/06344 dargestellten kommunalen Beiträge des dort beschriebenen gemeinsamen Vorgehens zur Eindämmung von Jugendgewalt/Jugenddelinquenz im Sinne eines präventiven Hotspot-Ansatzes fortzuführen und – soweit erforderlich – zu verstetigen. Über das Ergebnis ist der Stadtrat zeitnah in Kenntnis zu setzen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer